



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den ... 2005

Entwurf

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom

**über das Jahresarbeitsprogramm 2005 im Bereich der Finanzhilfen
im Verkehrs- und Energiesektor
sowie den Finanzierungsbeschluss gemäß Artikel 75 Absatz 2
der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 für Aufträge und Finanzhilfen im
Energie- und Verkehrssektor,
für die Europäische Agentur für Flugsicherheit,
die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs,
die Europäische Eisenbahnagentur,
die Europäische Agentur für intelligente Energie
und die Europäische GNSS-Aufsichtsbehörde**

Entwurf

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom

**über das Jahresarbeitsprogramm 2005 im Bereich der Finanzhilfen
im Verkehrs- und Energiesektor
sowie den Finanzierungsbeschluss gemäß Artikel 75 Absatz 2
der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 für Aufträge
und Finanzhilfen im Energie- und Verkehrssektor,
für die Europäische Agentur für Flugsicherheit,
die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs,
die Europäische Eisenbahnagentur,
die Europäische Agentur für intelligente Energie
und die Europäische GNSS-Aufsichtsbehörde**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften¹, insbesondere auf Artikel 49 Absatz 2, Artikel 75 Absatz 2 und Artikel 110 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1065/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften², insbesondere auf Artikel 33, 90, 166, 167 und 168,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 110 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 und Artikel 166 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 sind die Finanzhilfen in einen Jahresplan aufzunehmen, in dem die Ziele und der Zeitplan der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen mit ihrem Richtbetrag präzisiert werden. Dieses Arbeitsprogramm wird von der Kommission angenommen.
- (2) Nach Artikel 168 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 können Finanzhilfen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden, wenn der Empfänger aufgrund seiner Merkmale als Einziger für eine bestimmte Maßnahme in Frage kommt.

¹ ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1.

² ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1.

- (3) Nach Artikel 168 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 können Finanzhilfen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zugunsten von Einrichtungen, die in einem Basisrechtsakt genannt sind, gewährt werden.
- (4) Nach Artikel 75 Absatz 2 (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 geht ein Finanzierungsbeschluss der Mittelbindung voraus, es sei denn, die Mittel können gemäß Artikel 49 Absatz 2 ohne Basisrechtsakt verwendet werden.
- (5) Gemäß Artikel 15 Absatz 2 des Beschlusses der Kommission vom 15. März 2005 über die internen Vorschriften für die Ausführung des Haushaltsplans kann das Jahresarbeitsprogramm im Bereich der Finanzhilfen als Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 75 der Haushaltsordnung und Artikel 90 der Durchführungsbestimmungen betrachtet werden, sofern dieses einen hinreichend genau definierten Rahmen darstellt. Daher obliegt es der Kommission, das Jahresarbeitsprogramm 2005 im Bereich der Finanzhilfen im Verkehrs- und Energiesektor anzunehmen.
- (6) Gemäß Artikel 15 Absatz 1 des Beschlusses der Kommission vom 15. März 2005 über die internen Vorschriften müssen Mittel, die gemäß Artikel 49 Absatz 2 der Haushaltsordnung ohne Basisrechtsakt verwendet werden können, gleichwohl durch einen von der Kommission verabschiedeten, einem Finanzierungsbeschluss gleichwertigen Rahmen abgedeckt werden.
- (7) Daher ist ein Rahmen für die Maßnahmen festzulegen, die im Wege der Ausgaben für administrative Unterstützung und der operativen Maßnahmen, die unter die institutionellen Vorrechte der Kommission und die vorbereitenden Maßnahmen im Sinne des Artikels 49 Absatz 2 der Haushaltsordnung fallen, durchzuführen sind.
- (8) Aufträge mit Basisrechtsakt, die den Ausgaben für administrative Unterstützung oder den operativen Ausgaben zugerechnet werden und nicht in die Jahresarbeitsprogramme der spezifischen Programme einbezogen worden sind, werden durch diesen Beschluss geregelt.
- (9) Darüber hinaus muss die Kommission einen Finanzierungsbeschluss für die Finanzhilfen zugunsten der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA), der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA), der Europäischen Eisenbahnagentur (ERA), der Exekutivagentur für intelligente Energie und der Europäischen GNSS-Aufsichtsbehörde für das Jahr 2005 erlassen.
- (10) Die Finanzhilfen und Aufträge im Rahmen der spezifischen Programme werden in separaten Arbeitsprogrammen geregelt, die von der Kommission angenommen werden und als Finanzierungsbeschlüsse gelten -

BESCHLIESST:

Artikel 1

Das in Anhang I enthaltene allgemeine Arbeitsprogramm im Bereich der Finanzhilfen im Verkehrs- und Energiesektor für das Jahr 2005 wird hiermit verabschiedet.

Artikel 2

Das allgemeine Arbeitsprogramm im Bereich der Finanzhilfen im Verkehrs- und Energiesektor gilt als Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 für die Finanzhilfen, die ohne Basisrechtsakt und auf der Grundlage einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden. Die betreffenden Maßnahmen werden in Anhang I A beschrieben.

Artikel 3

In Anhang III sind für den Verkehrs- und Energiesektor die Aufträge festgelegt, die im Wege der Ausgaben für administrative Unterstützung, der operativen Maßnahmen, die unter die institutionellen Vorrechte der Kommission fallen, und der vorbereitenden Maßnahmen im Sinne des Artikels 49 Absatz 2 der Haushaltsordnung durchzuführen sind; dieser Anhang gilt als Finanzierungsbeschluss.

Artikel 4

In Anhang IV sind für den Verkehrs- und Energiesektor die Aufträge festgelegt, die im Wege der Ausgaben für administrative Unterstützung und der operativen Maßnahmen, die unter die spezifischen Programme oder Haushaltslinien mit Basisrechtsakt fallen, durchzuführen sind; dieser Anhang gilt als Finanzierungsbeschluss.

Artikel 5

Die Finanzierung durch Auszahlung einer Finanzhilfe zugunsten der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA), der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA), der Europäischen Eisenbahnagentur (ERA), der Exekutivagentur für intelligente Energie und der Europäischen GNSS-Aufsichtsbehörde für das Jahr 2005 wird genehmigt.

Brüssel, den

Für die Kommission

Mitglied der Kommission

ANHANG I
ALLGEMEINES ARBEITSPROGRAMM IM BEREICH DER FINANZHILFEN IM
ENERGIE- UND VERKEHRSEKTOR FÜR 2005

Die in diesem Arbeitsprogramm genannten Beträge beziehen sich auf den Haushalt der Kommission für 2005. Dieses Arbeitsprogramm ist in drei Teile unterteilt:

- A. Arbeitsprogramm für die ohne Basisrechtsakt aufgrund von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen gewährten Finanzhilfen
- B. Arbeitsprogramm für die ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährten Finanzhilfen, die durch einen späteren Bewilligungsbeschluss zugewiesen werden
- C. Arbeitsprogramm für die aufgrund eines Basisrechtsakts und infolge einer Ausschreibung zu gewährenden Finanzhilfen für spezifische Programme im Energie- und Verkehrssektor
 - Programm „Marco Polo“,
 - Transeuropäische Verkehrs- und Energienetze,
 - Programm „Intelligente Energie für Europa“,
 - bestimmte Maßnahmen des 6. Forschungsrahmenprogramms.

A. OHNE BASISRECHTSAKT IM RAHMEN EINER AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN GEWÄHRTE FINANZHILFEN

A.1. Haushaltslinie: 06 01 02 11 00 02 40 (Ausgaben für Konferenzen und Sitzungen)

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsausgaben der Kommission

Ziel(e):

- Unterstützung der Organisation von Konferenzen von europäischem Interesse im Bereich Energie und Verkehr

Erwartete Ergebnisse:

- Austausch von Erfahrungen und Überlegungen zu den Themen der Kommissionspolitik,
- Nutzung der Arbeiten der Kommission, insbesondere operationeller Maßnahmen, Forschungsvorhaben und Rechtsetzungsinitiativen.

Für 2005 vorgeschlagene Hauptthemen	<p>Konferenzen von europäischem Interesse im Bereich Energie und Verkehr und insbesondere im Zusammenhang mit folgenden politischen Prioritäten:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Rechte und Schutz der Passagiere der verschiedenen Verkehrsträger und der Energienutzer2. Energienachfragemanagement in den Bereichen Verkehr und Energie, insbesondere Energieeffizienz3. Die transeuropäischen Verkehrsnetze und Infrastrukturentgelte4. Die paneuropäischen Verkehrs- und Energienetze zwischen der Europäischen
-------------------------------------	--

	<p>Union und ihren neuen Nachbarn</p> <p>5. Sicherheit und Gefahrenabwehr bei Energie und Verkehr</p> <p>6. Entwicklung der Energie- und Verkehrsmärkte (Tendenzen, Wettbewerb, Sachzwänge, gesamtwirtschaftliche Aspekte)</p> <p>7. Förderung erneuerbarer Energieträger</p> <p>8. Technologische Innovationen in den Bereichen Verkehr und Energie</p> <p>9. Künftige Herausforderungen im Bereich der Kernenergie (kerntechnische Sicherheit, Sicherheitsüberwachung, Abfallbewirtschaftung, Stilllegung/Rückbau, Forschung usw.)</p>
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Konferenzvorschlägen	Mai 2005
Hauptauswahlkriterien	<ul style="list-style-type: none"> - Finanzielle Befähigung des Antragstellers: Der Antragsteller hat seine finanzielle und betriebliche Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen. - Technische Befähigung des Antragstellers: Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten, insbesondere Projekte im Zusammenhang mit dem betreffenden Thema.
Hauptzuschlagskriterien	<ul style="list-style-type: none"> - Europäische Dimension (35 %): Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zum Legislativprogramm der GD TREN leisten und diesbezüglich zu einem konkreten Mehrwert führen kann. Das Thema sollte mehrere Staaten der Union betreffen, Redner und Zielgruppe sollten verschiedenen Mitgliedstaaten entstammen (Hinweis: Es wird u.a. die Konvergenz zwischen den Zielen der Maßnahme und den oben genannten vorrangigen politischen Themen bewertet). - Qualität des vorgeschlagenen Ansatzes (25 %): Die Kommission bewertet den Mitteleinsatz im Hinblick auf die erwarteten Ergebnisse der Maßnahme (Hinweis: Es wird u.a. die räumliche und zeitliche Strukturierung der Veranstaltung, Zeit für Diskussionen, die Art der vorgeschlagenen Redner und deren Sachverstand bewertet). Daneben wird die Kommission die der Maßnahme verliehene Sichtbarkeit bewerten. Aus der Argumentation des Antragstellers muss genau hervorgehen, welche Mittel zur Verbreitung der Informationen in drei Phasen genutzt werden: vor, während und nach der Konferenz (z.B. Runder Tisch, Ausstellung, Pressekonferenz, Webseite, Medienecho, Veröffentlichungen). - Zielgruppe (20 %): Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die geplante Konferenz die ins Auge gefasste Zielgruppe erreicht und der angestrebte Multiplikatoreffekt erzielt werden kann (Hinweis: Bewertet wird u.a. die Methodik der Kontaktaufnahme mit den Teilnehmern und die Kohärenz zwischen Zielgruppe und Zielen der Maßnahme). - Kosten-Nutzen-Verhältnis (20 %): Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Hinweis: Beurteilt wird u.a. die Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe, das

	Vorhandensein weiterer Partner und die Genauigkeit des Mittelansatzes). Für eine Finanzierung aus Gemeinschaftsmitteln kommen nur Vorschläge in Frage, die insgesamt auf einen Prozentsatz von 70 % und bei jedem einzelnen Vergabekriterium auf einen Prozentsatz von mindestens 60 % kommen.
Finanzierungssatz	Zwischen 10 % und 30 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme
Mittelansatz	250 000 EUR

A.2. Haushaltslinie: 06 02 03 (Verkehrssicherheit)

Rechtsgrundlage:

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 71, 80 und 154 bis 156.

Ziel(e):

Allgemein die Erfassung und Verarbeitung von Informationen aller Art, die für die Analyse, Festlegung, Förderung, Nachverfolgung, Bewertung und Umsetzung der zur Steigerung der Sicherheit im Land-, Luft- und Seeverkehr ohne unverhältnismäßige Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Effizienz dieser Verkehrsträger nötigen Maßnahmen und Regelungen sowie ihre Ausweitung auf Drittländer erforderlich sind.

- 1) Im Rahmen der Mitteilung KOM(2003) 311 der Kommission „Europäisches Aktionsprogramm für die Straßenverkehrssicherheit – Halbierung der Zahl der Unfallopfer im Straßenverkehr in der Europäischen Union bis 2010: eine gemeinsame Aufgabe“ Stärkung der Straßenverkehrssicherheit in der Europäischen Union, in den Beitrittsländern und im Europäischen Wirtschaftsraum durch Studien, Kampagnen, Ermittlung vorbildlicher Praktiken und Demonstrationsprojekte in folgenden Bereichen:
 - Verhalten der Verkehrsteilnehmer, insbesondere zu Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung von Verkehrsvorschriften, Ausbildung von Privat- und Berufskraftfahrern, physische und geistige Fahreignung, Bekämpfung des Fahrens unter Einfluss von Drogen, Alkohol und Medikamenten sowie Einsatz von Sicherheitsvorrichtungen,
 - Fahrzeugtechnologie, insbesondere aktive und passive Fahrzeugsicherheit,
 - Straßeninfrastruktur, insbesondere Verkehrssicherheitsaudits, Bewertung von Straßen und Tunneln nach Sicherheitskriterien, Harmonisierung der Beschilderung,
 - Straßenverkehrstechnologie, insbesondere Straßengüter- und Straßenpersonenverkehr sowie intelligente Technologien für die Straßenverkehrssicherheit,
 - Evaluierung der Politik der Mitgliedstaaten im Bereich der Verkehrssicherheit.
- 2) Stärkung der Sicherheit des Seeverkehrs in der Europäischen Union, in den Beitrittsländern und im Europäischen Wirtschaftsraum durch Studien, Kampagnen, Ermittlung vorbildlicher Praktiken und Demonstrationsprojekte in folgenden Bereichen:
 - Sicherheit des Seeverkehrs durch eine hochwertige Ausbildung sowohl der Besatzungen als auch der Mitarbeiter von Seeverkehrsbehörden,
 - Maßnahmen zur Sensibilisierung und Information sowohl der Öffentlichkeit als auch der Seeverkehrsbetreiber über Initiativen der Gemeinschaft im Bereich der Sicherheit des Seeverkehrs,

- Maßnahmen zur Stärkung aller Aspekte der Sicherheit des Seeverkehrs und Verhütung der Meeresverschmutzung in europäischen Seegebieten.
- 3) Stärkung der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs, insbesondere durch Annäherung der Rechtsvorschriften, der technischen Normen und Verwaltungsverfahren für die Kontrolle sowie durch Festlegung von Indikatoren, Methoden und gemeinsamen Zielen,
- 4) Stärkung der Sicherheit des Luftverkehrs in der Europäischen Union, in den Beitrittsländern und im Europäischen Wirtschaftsraum durch Studien, Kampagnen, Ermittlung vorbildlicher Praktiken und Demonstrationsprojekte in folgenden Bereichen:
- Verwirklichung des einheitlichen Luftraums,
 - Verbesserung der Sicherheitsbedingungen des Luftverkehrs, insbesondere durch Schaffung eines kohärenten Rechtsrahmens für Luftfahrzeuge, Luftfahrtunternehmen und Luftfahrtpersonal der Gemeinschaft,
 - Unterstützung internationaler Organisationen für die Sicherheit des Luftverkehrs bei der Einrichtung von Kontroll- und Kooperationsmechanismen mit Drittländern,
 - Anpassung der Kapazität der Infrastruktur und des Luftraums an die Bedürfnisse des Luftverkehrs.

Erwartete Ergebnisse:

Erreichen der im Weißbuch „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ festgelegten Ziele, insbesondere Senkung der Zahl der Verkehrstoten in Europa bis 2010 um die Hälfte,

bessere Kenntnis der Probleme im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit, um angemessener darauf reagieren zu können,

Ausarbeitung der in das Arbeitsprogramm der Kommission aufgenommenen Legislativvorschläge,

Stärkung der Informations- und Präventionspolitik,

Vereinheitlichung der Regeln für die Kontrolle von Verstößen,

Nutzung der Arbeiten der Kommission, insbesondere operationeller Maßnahmen, Forschungsvorhaben und Rechtsetzungsinitiativen,

Ausdehnung der Politik der Union auf die künftigen Mitgliedstaaten.

Für 2005 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung europäischer Informationskampagnen zur Straßenverkehrssicherheit, insbesondere z.B. zur Gurtanlegepflicht - Unterstützung von Maßnahmen zur Entwicklung von Fahrunterrichtsmethoden für junge Fahrer - Unterstützung von Maßnahmen zur Koordinierung und Harmonisierung der Methoden zur Kontrolle der Straßenverkehrssicherheit - Industrielle Zusammenarbeit EU-Russland im Luftverkehrssektor - Unterstützung innovativer Vorhaben von europäischem Ausmaß in allen Bereichen, die mit den oben genannten Zielen in Zusammenhang stehen
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen - Verkehr	Mai 2005
Hauptauswahlkriterien	<ul style="list-style-type: none"> - Finanzielle Befähigung des Antragstellers. (Der Antragsteller hat seine finanzielle und betriebliche Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche

	<p>Stellen und internationale Organisationen.)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Technische Befähigung des Antragstellers. (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten.)
Hauptzuschlagskriterien	<p>1) Übereinstimmung mit den Zielen der Gemeinschaftspolitik, insbesondere den in der Mitteilung der Kommission zur Straßenverkehrssicherheit festgelegten Zielen</p> <p>2) Qualität der Maßnahme:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Verkehrspolitik leisten und diesbezüglich einen zusätzlichen Nutzen stiften kann. Initiativen von lokalem Interesse sind ausgeschlossen. – Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beiträgt. – Multiplikatoreffekt: Die Kommission prüft, inwieweit die vorgeschlagene Maßnahme die Übertragung, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die großmaßstäbliche Anwendung der Ergebnisse, Erfahrungen, Erkenntnisse und Verfahrensweisen ermöglicht. – Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe). – Bewertung: Die Kommission prüft die vorgeschlagene Bewertungsmethode und die Indikatoren für die Qualität der Ergebnisse im Hinblick auf die angestrebten Ziele. – Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.). – Umfang der Maßnahme: Die Kommission wird vorzugsweise Vorhaben großen Ausmaßes unterstützen. <p>3) Qualität des Antrags: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich folgender Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse) – Zeitplan der Maßnahme – vorgeschlagene Methodik.
Finanzierungssatz	Zwischen 10 % und 50 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme
Mittelansatz	6 355 000 EUR

A.3. Haushaltslinie: 06 02 04 01 (Binnenmarkt und Optimierung von Verkehrssystemen)

Rechtsgrundlage:

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 71, 80 und 154 bis 156.

Ziel(e):

- 1) Verwirklichung, Verwaltung und Entwicklung des Binnenmarkts im Verkehrsbereich, einschließlich seiner Ausdehnung außerhalb der Gemeinschaft, mit besonderem Schwerpunkt auf der Beseitigung von Engpässen im grenzüberschreitenden Verkehr in Gebieten, in denen natürliche Hindernisse den freien Personen- und Güterverkehr behindern.
- 2) Beobachtung des Güter- und Personenverkehrsmarkts für alle Verkehrsträger, einschließlich der Verbesserung der statistischen Erfassung durch die Mitgliedstaaten.
- 3) Entwicklung einer nachhaltigen Mobilitätspolitik in den Bereichen Land-, See- und Luftverkehr, insbesondere:
 - Unterstützung von Pilotmaßnahmen im Bereich des Straßenverkehrs, vor allem durch den Einsatz neuer Technologien mit dem Ziel einer Standardisierung der Verfahren
 - Unterstützung der Modernisierung des See- und Binnenschiffsverkehrs auf Kurzstrecken
 - Verbesserung der Interoperabilität der Verkehrssysteme
 - Förderung und Verbesserung der Qualität des Schienenverkehrs, insbesondere im Güterverkehr
 - Normungsaufträge an die europäischen Normungsorgane oder andere Organisationen in allen Verkehrssektoren sowie Ausarbeitung technischer Spezifikationen für die Interoperabilität im Eisenbahnverkehr
 - Umsetzung der Open-Sky-Abkommen.

Erwartete Ergebnisse:

- Erreichen der im Weißbuch „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ festgelegten Ziele
- Schrittweise Verschiebung der Verkehrsträgeranteile hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern
- Stärkung des Dialogs mit der Industrie zur Förderung der nachhaltigen Mobilität, insbesondere durch bessere Beherrschung der Umweltauswirkungen und eine Korrektur der Verkehrsträgeranteile
- Ausbau der Interoperabilität der Verkehrsträger
- Ausbau des Schienengüterverkehrs
- Ausbau des See- und Binnenschiffsverkehrs auf Kurzstrecken
- Abschluss internationaler Luftverkehrsabkommen, die die Interessen der europäischen Luftfahrtunternehmen wahren
- Ausdehnung der Politik der Union auf die künftigen Mitgliedstaaten.

Für 2005 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> - Studie zur Durchführung der Richtlinie über die elektronische Maut: Geplante Vernetzung der Übertragung verstoßrelevanter Daten zwischen den Polizeidienststellen der Mitgliedstaaten - Folgenabschätzung zur Organisation der Erbringung von Flugsicherungsdiensten in Europa mit dem Ziel, einen Bericht über Fortschritte bei der Verwirklichung des einheitlichen Luftraums zu erstellen - Entwicklung des Kurzstreckenseeverkehrs in Europa, insbesondere durch Unterstützung von Förderzentren oder Kommunikationsmaßnahmen - Marktanalyse und Untersuchung unterschiedlicher Verfahren im Bereich der Instandhaltung und Renovierung von Eisenbahninfrastrukturen mit dem Ziel der Kostensenkung - Unterstützung innovativer Vorhaben von europäischem Ausmaß in allen Bereichen, die mit den oben genannten Zielen in Zusammenhang stehen
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen - Verkehr	Mai 2005
Hauptauswahlkriterien	<ul style="list-style-type: none"> - Finanzielle Befähigung des Antragstellers. (Der Antragsteller hat seine finanzielle und betriebliche Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen.) - Technische Befähigung des Antragstellers. (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten.)

Hauptzuschlagskriterien	<p>1) Qualität der Maßnahme:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Verkehrspolitik leisten und diesbezüglich einen zusätzlichen Nutzen stiften kann. - Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beiträgt. Multiplikatorwirkung: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme den Transfer, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die Anwendung im großen Maßstab der Ergebnisse, Erfahrungen, Kenntnisse und vorbildlichen Praktiken ermöglicht. - Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe). - Bewertung: Die Kommission wird die vorgeschlagene Bewertungsmethode und die Indikatoren für die Qualität der Ergebnisse im Hinblick auf die angestrebten Ziele prüfen. - Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.). <p>2) Qualität des Antrags: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich folgender Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse) - Zeitplan der Maßnahme - vorgeschlagene Methodik. -
Finanzierungssatz	Zwischen 10 % und 50 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme
Mittelansatz	4 000 000 EUR

B. FINANZHILFEN OHNE AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN

Eine gewisse Zahl von Finanzhilfen wird Begünstigten gewährt, die ein rechtliches oder faktisches Monopol innehaben. Diese Finanzhilfen werden durch einen späteren *Ad hoc*-Bewilligungsbeschluss der Kommission zugewiesen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gelten für die Maßnahmen, die auf diese Weise finanziert werden sollen, die folgenden Kriterien:

B.1. Haushaltslinie: 06 02 03 (Verkehrssicherheit)

Rechtsgrundlage, Ziel(e) und erwartete Ergebnisse: siehe Absatz A.2.

Für 2005 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none">- Unterstützung internationaler Organisationen zur Verbesserung der Luftverkehrssicherheit, insbesondere durch die Einrichtung von Kontroll- und Kooperationsmechanismen mit Drittländern- Verbesserung der Flugsicherheit durch Standardisierung im Bereich der Flugsicherung in Verbindung mit der Schaffung des einheitlichen Luftraums nach Annahme der Verordnung über die Interoperabilität des europäischen Netzes für das Flugverkehrsmanagement (Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a)- Unterstützung des Programms zur Kontrolle der Sicherheit von Luftfahrzeugen aus Drittländern, die Flughäfen der Gemeinschaft anfliegen- Verbesserung der Flugsicherheit durch Schaffung internationaler Standards und Verpflichtungen- Verbesserung der Sicherheit des Seeverkehrs durch Erfassung und Verbreitung von Informationen über die Schiffssicherheit- Erstellung eines internationalen, unionsweit geltenden Arbeitsgesetzbuches für die Seeschifffahrt mit sozialen Schutzvorschriften und Bestimmungen zur Regelung der Arbeitsbedingungen an Bord von Schiffen sowie zur Gewährleistung fairen Wettbewerbs zwischen Schifffahrtsunternehmen aus Europa und Drittstaaten
Einsendeschluss	Mai 2005
Geschätzter Mittelansatz	3 545 000 EUR

B.2. Haushaltslinie 06 07 01 (Verkehrssicherheit [Gefahrenabwehr])

Rechtsgrundlage:

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt (ABl. L 355 vom 30.12.2002).

Verordnung (EG) Nr. 725/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ABl. L 129 vom 29. April 2004)

Ziel(e):

Stärkung der Gefahrenabwehr im Luftverkehr in der Europäischen Union und im Europäischen Wirtschaftsraum durch Ermittlung vorbildlicher Praktiken, insbesondere Unterstützung internationaler Organisationen zur

Gefahrenabwehr im Luftverkehr bei der Einrichtung von Verfahren zur Ausbildung, Kontrolle und Zusammenarbeit

Erwartete Ergebnisse:

- Bessere Kenntnis der Probleme im Zusammenhang mit der Gefahrenabwehr im Verkehr, um angemessener darauf reagieren zu können
- Ausarbeitung der in das Arbeitsprogramm der Kommission aufgenommenen Legislativvorschläge
- Stärkung der Informations-, Präventions- und Ausbildungspolitik.

Für 2005 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung von Normungsarbeiten im Bereich der Logistiksicherheit - Unterstützung internationaler Organisationen zur Verbesserung der Gefahrenabwehr im Luftverkehr, insbesondere durch die Einrichtung von Kontroll- und Kooperationsmechanismen mit Drittländern - Einrichtung einer Gruppe Sicherheitssachverständiger von Betreibern öffentlicher Verkehrsdienste
Einsendeschluss	März 2005
Geschätzter Mittelansatz	672 000 EUR

B.3. Haushaltslinie 06 07 02 (Sicherheitsüberwachung)

Rechtsgrundlage:

Maßnahme aufgrund der der Kommission nach Kapitel III und Artikel 174 Euratom-Vertrag unmittelbar übertragenen Befugnisse.

Ziel(e):

Stärkung der Sicherheitsüberwachung in der Europäischen Union durch die Ermittlung vorbildlicher Praktiken insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten.

Erwartete Ergebnisse:

- Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die europäischen Nuklearsicherheitsbehörden

Für 2005 vorgeschlagene Hauptthemen	- Unterstützung von Arbeiten im Hinblick auf die Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die europäischen Nuklearsicherheitsbehörden, um Sicherheitsüberwachungsprogramme in den Kernkraftwerken der Mitgliedstaaten anzunehmen
Einsendeschluss	April 2005
Geschätzter Mittelansatz	150 000 EUR

C. AUFGRUND EINES BASISRECHTSAKTS UND EINER AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN GEWÄHRTE FINANZHILFEN

Im Bereich Energie und Verkehr führt die Kommission vier Mehrjahresprogramme durch, die im Mitentscheidungsverfahren verabschiedet wurden:

- Programm „Marco Polo“
- Transeuropäische Netze
- Programm „Intelligente Energie“
- 6. Forschungsrahmenprogramm

Diese Mehrjahresprogramme werden unter Beachtung der Vorschriften des jeweiligen Basisrechtsakts, der ein Ausschussverfahren und das Recht auf Einsicht des Europäischen Parlaments vorsieht, durchgeführt.

Die nachfolgende Beschreibung für jedes der 4 Mehrjahresprogramme wird zur Information angeführt. Abgesehen vom sechsten Forschungsrahmenprogramm werden 2005 für jedes dieser Programme zur Änderung des vorliegenden Jahresarbeitsprogramms spezifische Finanzierungsbeschlüsse gefasst.

C.1. Haushaltlinie 06 02 07 (Programm „Marco Polo“)

Rechtsgrundlage:

Verordnung (EG) Nr. 1382/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 über die Gewährung von Finanzhilfen der Gemeinschaft zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems („Programm Marco Polo“)

Arbeitsprogramm:

Die Ziele und erwarteten Ergebnisse sind in der Rechtsgrundlage beschrieben.

Die für 2005 vorgesehenen Maßnahmen werden in einem detaillierten Jahresarbeitsprogramm beschrieben, das im zweiten Quartal 2005 nach Genehmigung durch den Ausschuss mit Vertretern der Mitgliedstaaten verabschiedet wird.

Vorgesehener Zeitpunkt für die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Juli 2005

Volumen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und der Verträge: 29 900 000 EUR

C.2. Haushaltlinien 06 03 01 (Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Verkehrsnetzes, die von gemeinsamem Interesse sind) und 06 03 02 (Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Energienetzes, die von gemeinsamem Interesse sind)

Rechtsgrundlage:

- Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates vom 18. September 1995 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze, zuletzt geändert durch die Verordnungen (EG) Nr. 788/2004 und Nr. 807/2004.
- Entscheidung C(2001) 2654 der Kommission vom 19. September 2001 über ein Mehrjahresrichtprogramm für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen auf dem Gebiet des transeuropäischen Verkehrsnetzes für den Zeitraum 2001-2006, zuletzt geändert durch die Entscheidungen C(2004) 3242 vom 26.8.2004 und C(2005) 213 vom 3.2.2005.
- Entscheidung 96/391/EG des Rates vom 28. März 1996 betreffend eine Reihe von Aktionen zur Schaffung günstigerer Rahmenbedingungen für den Ausbau der transeuropäischen Netze im Energiebereich
- Entscheidung Nr. 1692/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 1996 über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (mit Berichtigung - ABl. L 15 vom 17.1.1997), geändert durch die Entscheidung Nr. 884/2004/EG (mit Berichtigung - ABl. L 201 vom 7.6.2004).

- Entscheidung Nr. 1346/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Änderung der Entscheidung Nr. 1692/96/EG hinsichtlich Seehäfen, Binnenhäfen und intermodaler Terminals sowie des Vorhabens Nummer 8 in Anhang III.
- Richtlinie 2004/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Mindestanforderungen an die Sicherheit von Tunneln im transeuropäischen Straßennetz, ABl. L 167 vom 30.4.2004, S. 39-91 (mit Berichtigung - ABl. L 201 vom 7.6.2004).
- Entscheidung Nr. 1229/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über eine Reihe von Leitlinien betreffend die transeuropäischen Netze im Energiebereich und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1254/96/EG.

Arbeitsprogramm:

Die Ziele und erwarteten Ergebnisse sind in den Rechtsgrundlagen beschrieben.

Das spezifische Arbeitsprogramm für die transeuropäischen Verkehrs- und Energienetze wird im Rahmen eines Ausschussverfahrens beschlossen. Bezüglich der transeuropäischen Verkehrsnetze werden im Arbeitsprogramm 2005 insbesondere die Vorhaben von gemeinsamem Interesse umgesetzt, die im Rahmen der von Parlament und Rat beschlossenen Leitlinien ermittelt wurden und nicht durch den Rahmenbeschluss vom 19.9.2001 (C(2001) 2654) über das Mehrjahresrichtprogramm (MRP) für die vorrangigen Vorhaben, zuletzt geändert durch die Beschlüsse C(2004) 3242 und C(2005) 213 vom 3.2.2005, erfasst werden. Für die Vorhaben außerhalb des Mehrjahresrichtprogramms werden nach Stellungnahme des Ausschusses mit Vertretern der Mitgliedstaaten Finanzhilfen aufgrund eines Kommissionsbeschlusses gewährt, der im Ermächtigungsverfahren von dem für die transeuropäischen Netze zuständigen Kommissionsmitglied gefasst wird. Für die Vorhaben des Mehrjahresrichtprogramms werden Finanzhilfen aufgrund eines Beschlusses der Kommission gewährt, der im Delegationsverfahren von dem für die transeuropäischen Netze zuständigen Generaldirektor gefasst wird.

Bei den transeuropäischen Energienetzen werden im Arbeitsprogramm die Vorhaben von gemeinsamem Interesse umgesetzt, die im Rahmen der von Parlament und Rat beschlossenen Leitlinien ermittelt wurden. Die Finanzhilfen werden nach Stellungnahme des Ausschusses mit Vertretern der Mitgliedstaaten aufgrund eines Kommissionsbeschlusses gewährt, der im Ermächtigungsverfahren von dem für die transeuropäischen Netze zuständigen Kommissionsmitglied gefasst wird.

Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen:	Februar 2005
Volumen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen:	671 400 000 EUR TEN-Verkehr (060301)
	21 500 000 EUR TEN-Energie (060302)

C.3. Haushaltslinien 06 04 01 (Programm „Intelligente Energie für Europa“ – 2003/2006) und 06 04 02 (Programm „Intelligente Energie für Europa“ – 2003/2006 – externer Teil)

Rechtsgrundlage:

Entscheidung Nr. 1230/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 zur Festlegung eines mehrjährigen Programms für Maßnahmen im Energiebereich: „Intelligente Energie für Europa“ (2003-2006)

Arbeitsprogramm:

Die Ziele und erwarteten Ergebnisse sind in der Rechtsgrundlage beschrieben.

Die für 2005 vorgesehenen Maßnahmen werden in einem detaillierten jährlichen Arbeitsprogramm beschrieben, das im zweiten Quartal 2005 nach Stellungnahme durch den Programm-Verwaltungsausschuss verabschiedet wird.

Vorgesehener Zeitpunkt für die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen:	Juli 2005
---	-----------

Volumen der Aufforderung zur Einreichung
von Vorschlägen und der Verträge:

54 257 000 EUR für die Haushaltslinie 06 04 01

4 925 000 EUR für die Haushaltslinie 06 04 02

C.4. Haushaltslinien im Zusammenhang mit dem 6. Forschungsrahmenprogramm: 06 06 01 (Luft- und Raumfahrt), 06 06 02 (Nachhaltige Entwicklung, globale Veränderungen und Ökosysteme – Nachhaltige Energiesysteme und nachhaltiger Land- und Seeverkehr) und 06 06 03 (Unterstützungsmaßnahmen und Planung im Vorgriff auf den künftigen Wissenschafts- und Technologiebedarf)

Rechtsgrundlage:

Entscheidung Nr. 1513/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006)

Entscheidung 2002/834/EG des Rates vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006).

Arbeitsprogramm:

Es wird daran erinnert, dass für die Bereiche „Luft- und Raumfahrt“ sowie „Nachhaltige Entwicklung, globale Veränderungen und Ökosysteme - Nachhaltige Energiesysteme und nachhaltiger Land- und Seeverkehr“ das detaillierte Arbeitsprogramm für das Jahr 2004 von der Kommission am 9. Dezember 2002 (C(2002)4789) angenommen und am 10. Juni (C(2004)2002) sowie am 2. September 2004 (C(2004)3324) geändert wurde. Dieses Arbeitsprogramm wurde für die 2005 zu finanzierenden Vorhaben über eine am 29.6.2004 veröffentlichte Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (Referenznr. FP6-2004-TREN-3, ABl. C 169 vom 29.06.2004) umgesetzt.

Ebenso wurde für das Programm „Unterstützungsmaßnahmen und Planung im Vorgriff auf den künftigen Wissenschafts- und Technologiebedarf“ das Arbeitsprogramm für das Jahr 2005 von der Kommission am 9. Dezember 2002 angenommen (C(2003)4789) und am 29. Oktober 2004 (C(2004)4178) geändert. Dieses Arbeitsprogramm wurde für die 2005 zu finanzierenden Vorhaben über eine am 30. Oktober 2004 veröffentlichte Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (Referenznr. FP6-2004-SSP-4, ABl. C 267 vom 30.10.2004) umgesetzt.

Die Durchführung der Vorhaben, die mit der thematischen Priorität „Raumfahrt“ in Zusammenhang stehen, wurde dem Gemeinsamen Unternehmen GALILEO übertragen, das eigene Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlichen wird.

Haushaltsmittel:

34 900 000 EUR für die Haushaltslinie 06 06 01

132 400 000 EUR für die Haushaltslinie 06 06 02 01

54 900 000 EUR für die Haushaltslinie 06 06 02 02

6 800 0000 EUR für die Haushaltslinie 06 06 03

